

Einen konsequenten Umgang mit der AfD finden

TUP: Herr Biebricher, wir haben vor geraumer Zeit mit dem Verfassungsrechtler Christoph Möllers über den Zustand der Demokratie gesprochen. Eine These dabei war: „Die CDU hat es in den letzten Jahren versäumt, rechtskonservative Einstellungen bei sich abzubilden. Das ist heute fatal, weil keiner mehr die Grenze zwischen rechtskonservativ und rechtsextrem richtig ziehen kann.“¹ Können Sie dem folgen?

Thomas Biebricher: Ich glaube, dass die These nicht falsch ist. Die CDU hat insgesamt massiv an Profil eingebüßt. Es wird oftmals dahingehend zugespitzt, dass das konservative Profil verloren gegangen sei. Da ist auch was dran. Insgesamt ist die Partei aber unerkennbar geworden. In den letzten knapp zwei Jahrzehnten sind viele Positionen geräumt worden, die oftmals erst im Nachhinein als „heilige Kühe“ des Konservatismus verstanden wurden. Das ist eigentlich auch business as usual für gemäßigt konservative Parteien. Die Union hat es allerdings versäumt, neue als konservativ ausgewiesene Positionen zu entwickeln und da ein paar inhaltliche Pflöcke in den Boden zu rammen.

Was wäre der Unterschied zwischen rechtskonservativ und konservativ?

Es ist schwierig, zwischen rechtskonservativ und konservativ eine genaue Unterscheidung zu treffen. Ich denke aber, der eigentliche Unterschied, um den es uns gehen sollte, ist der zwischen konservativ und dem, was ich als autoritär bezeichnen würde und was oftmals als rechtspopulistisch bezeichnet wird.

Woran würden Sie diese Unterscheidung festmachen?

Ich würde dies in erster Linie an den Vorstellungen von Politik festmachen. Auf der konservativen Seite geht es zuvorderst um den Grundimpuls des Bewahrens. Auf der anderen Seite herrschen geradezu umstürzlerische Vorstellungen davon, dass das System insgesamt falsch, dekadent, verkommen ist und überwunden und zum Zusammenbruch gebracht werden muss. Erst dann könne etwas Neues entstehen, was dann vermeintlich wirklich konservativ ist.

Was war in den 1980er-Jahren im Falle der CDU/CSU konservativ und was ist davon heute noch geblieben?

Da ist relativ viel verloren gegangen, sodass man sich in der Endphase der Ära Merkel eigentlich nur noch an die Vorstellung der Schwarzen Null geklammert und gesagt hat, dass dies vor allem in der Wirtschafts- und Finanzpolitik der Ausweis eines konservativen Profils sei. Es gibt zwar ein paar Unterschiede zur FDP. Diese sind vor allem im kulturkämpferischen Bereich, wonach bestimmte Dinge verboten bleiben beziehungsweise nicht legalisiert

1 Möllers, Christoph 2019: Mehr demokratisches Selbstbewusstsein! In: TUP-Sonderband 2019, 24–31.

werden sollten, wie zum Beispiel die Cannabis-Legalisierung oder auch in Schwangerschaftsabbruchsfragen. Insgesamt aber ist das konservative Profil sehr verwischt und es wurde viel Freie Demokratie importiert.

Wie unterscheidet sich das zu den Zeiten unter Helmut Kohl?

In den Kohl-Jahren hatte die Partei insgesamt ein noch viel christdemokratischeres Profil. Dazu gehörte auch der Anspruch, wonach der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit auf irgendeine Art und Weise versöhnt werden müsse – mitsamt einem damals noch relativ starken Arbeitnehmerflügel innerhalb der CDU. Daneben wurde in den 1980er-Jahren die geistig-moralische Wende ausgerufen. Hier ging es darum, die alten Werte – ich würde sagen die Werte von 1948 – wiederzubeleben und zu sagen: Erinnern wir uns daran, wie Deutschland den Wiederaufbau geschafft hat. Da ging es um Zusammenhalt; da ging es um Hilfs- und auch Opferbereitschaft. Nach dem Motto: Der nächsten Generation soll es besser gehen als der jetzigen und darauf müssen wir uns wieder besinnen. Das hat man dann gegen den vermeintlichen Hedonismus und die Permissivität von 1968 in Stellung gebracht. Noch in den 1980er-Jahren bestand in der CDU/CSU allerdings ein mitunter sehr problematisches Verhältnis zur NS-Vergangenheit. Auch das gehört zur Kohl-Zeit: der Bitburg-Skandal, Kanzler-Besuche zu Ernst Jüngers Geburtstag, der Historikerstreit. Ebenso spielte bis zum Fall der Mauer das Feindbild des Kommunismus eine große Rolle. Dieser sukzessive Wegfall des Feindbildes nach 1989 ist ein sehr großer Unterschied der gegenwärtigen CDU im Vergleich zur Ära Kohl; das mobilisierungsträchtigste Feindbild aller Zeiten ist für die Konservativen verloren gegangen, und dieser Tatbestand hat für gewisse Probleme gesorgt.

Sie unterscheiden zwischen substanziellem und prozeduralistischem Konservatismus. Worum geht es dabei genau?

Grundsätzlich gehört beides zusammen, in der Gegenwart steht vor allem das prozedurale Moment im Vordergrund. Aber der Reihe nach. Als substanziellen Konservatismus bezeichne ich den grundsätzlichen Impuls, wonach irgendetwas bewahrt werden muss. Konservative neigen typischerweise dazu, irgendetwas bewahren zu wollen, was sie als natürlich und als normal und daher als erhaltenswert erachten. Was das dann genau ist, dazu gibt es wiederum unterschiedliche konservative Traditionen mit unterschiedlichen Begründungen. Man kann es religiös begründen; man kann es auch anthropologisch begründen. Auf jeden Fall aber gibt es eine Vorstellung von einer guten oder natürlichen Ordnung, die eher nebulös bleibt, bis konkrete Herausforderungen kommen und dadurch konkrete Positionen in Frage gestellt werden.

Dem prozeduralen Verständnis nach ist konservative Politik eine Politik der kleinen Schritte und eine Politik, die immer versucht, aufs Bestehende aufzubauen und die Erfahrungen, die über Jahrzehnte und Jahrhunderte aufgebaut wurden, nicht zu verlieren. Traditionen und Konventionen wie auch Institutionen müssen verbessert und reformiert werden, letztendlich aber immer aufbauend auf dem, was besteht. Zum prozeduralen Konservatismus gehört ebenso eine präventive Dimension.

Mit Blick auf Deutschland wurde in den letzten zwanzig Jahren vor allem die prozedurale Dimension des Konservatismus betont. Politik als ständige Krisenbewältigung, und das ist

dann notwendigerweise eine Politik der kleinen Schritte und des Auf-Sicht-Fahrens. Erst im Nachhinein wird bei einem solchen Verständnis die Missachtung der präventiven Dimension richtig klar, etwa im Fall der Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur; natürlich auch was die Energieversorgung angeht. Das wäre Teil dessen, was schiefgelaufen ist beim deutschen Konservatismus in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren.

Sie haben auch zum Neoliberalismus geforscht. Wo treffen sich der gegenwärtige Konservatismus und der Neoliberalismus?

Vor allem seit den 1990er-Jahren gibt es eine immer stärkere Tendenz in Richtung der Neoliberalisierung von konservativer Wirtschafts- und Finanzpolitik. Eine Art Freidemokratisierung, die aus konservativer Sicht jedoch nicht die beste Lösung zu sein scheint. Ich finde generell, dass die beiden Strömungen sich auf eine zumindest für die Konservativen sehr unglückliche Art und Weise treffen. Das grundsätzliche Dilemma, auf das man sich als Konservativer mit einer wirtschaftsliberalen Politik einlässt, besteht darin, dass man sich auf Gedeih und Verderb einer Wirtschaftsform ausliefert, die nicht zu Unrecht auch als kreative Zerstörung bezeichnet wird. Hat man jedoch als Grundimpuls das Bewahren, dann lässt sich dies eigentlich sehr schwer mit einer solchen Wirtschaftsform in Einklang bringen. Wir nennen dies kapitalistischen Strukturwandel, der mitunter ja fatale Wirkungen für bestimmte Branchen, Berufsgruppen oder Regionen entfalten kann. Ein Blick nach Großbritannien zeigt, was für gesellschaftliche Verwerfungen das mit sich bringt. Man könnte sogar so weit gehen und sagen, dass mit einer derartigen Wirtschaftspolitik der Nährboden für das bereitet wurde, was einem jetzt als Konkurrenz vom rechten Rand begegnet.

Woran machen Sie das genauer fest?

Ich würde sagen, dass der Kapitalismus in seiner nicht so stark regulierten Form immer wieder Krisen produziert, die grundsätzliche Anpassungsleistungen von der Bevölkerung erzwingen. Für die Menschen bedeutet das, immer wieder mit Verlustängsten oder auch konkreten Verlusterfahrungen konfrontiert zu werden; immer wieder mit der Entwertung von bestimmten Fähigkeiten konfrontiert zu werden, von dem, was sie als fehlenden Respekt wahrnehmen gegenüber den Leistungen, die sie erbracht haben. Eine solche Gemengelage ist Wasser auf die Mühlen von politischen Unternehmer*innen rechts außen, die genau mit diesen hochpolitisierten Emotionen hantieren und versuchen, daraus politisches Kapital zu schlagen. Nach der Devise: Letztendlich hat euch die ganze politische Klasse verraten und verkauft und deshalb muss auch die ganze politische Klasse, muss das ganze politische System weichen.

Unter Rot-Grün wurde zu Beginn der Nullerjahre durchaus Sozialstaatsabbau betrieben. Ist dieser Abbau etwas, das den Menschen Angst bereitet?

Das würde ich so sehen. Was Rot-Grün gemacht hat, ist als eine Art und Weise zu deuten, kapitalistischen Strukturwandel zu forcieren, indem man einfach sagt: Es gibt Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt, und an diese müsst ihr euch anpassen. Klar ist aber auch, dass genau zu jener Zeit, als die Agenda 2010 beschlossen wurde und ins Rollen kam, die CDU ihr Leipziger Programm verabschiedete. Ein Programm, das sehr neoliberal grundiert war.

Die Frage ist: Hätte die CDU nicht auch ganz altmodische christdemokratische Politik der Agenda 2010 entgegenhalten können? Im Nachhinein ist das eine vorstellbare Option, doch war der Zeitgeist seinerzeit ein ganz anderer.

Warum trauen sich weder die SPD noch die CDU, wieder stärker sozialstaatliche Politik zu betreiben?

Ich habe ehrlich gesagt keine gute Antwort darauf. Innerhalb der SPD herrscht speziell nach der letzten Großen Koalition das Gefühl vor, als Juniorpartner sehr viel an sozialdemokratischer Politik durchgesetzt, aber davon in den Wahlergebnissen wenig gespürt zu haben. Von daher ist es wahlstrategisch nachvollziehbar, zu überlegen, ob dieser Weg weiter beschritten werden soll oder nicht. CDU/CSU stecken weiterhin fest in der beschriebenen Ausrichtung seit Ende der 1990er-Jahre, und im Moment sehe ich auch nicht, wie sich dies ändern sollte, wenn mit Friedrich Merz jemand an der Spitze der Partei steht, der den Geist aus dem Leipziger Programm weiterhin am stärksten verkörpert. Er ist ja nicht unbedingt ein Konservativer, sondern in erster Linie ein Wirtschaftsliberaler.

Sie haben die Entwicklung des Konservatismus in anderen Ländern Europas untersucht, unter anderem in Italien und Frankreich. Dort geht es den Pendanten zur CDU nicht so gut, wenn sie überhaupt noch politische Relevanz besitzen. Was könnte oder vielleicht auch sollte der parteipolitisch organisierte Konservatismus in Deutschland von den Entwicklungen in Italien und Frankreich lernen?

Zunächst: Es gibt strukturelle Unterschiede zwischen den Ländern, die schon im Wahlsystem und im Parteiensystem zum Ausdruck kommen. In Frankreich und Italien sind die konservativen und vor allem auch die rechten Parteien programmatisch nur noch sehr schwach ausgebildet. Sie haben sich vielmehr zu hoch personalisierten Parteien entwickelt, in denen die Kommunikation sehr stark zwischen Führung und Parteibasis stattfindet. Damit ist die Funktionärssebene und damit die inhaltliche Themenebene tendenziell entmachtet. Dies ist deswegen problematisch, weil so die Schicksale dieser Parteien stark von den Personen an der Spitze abhängen: Mit dem Schicksal der Führungspersonen wandelt sich quasi auch das Schicksal der Partei. Dies führt wiederum dazu, dass diese Parteien ideologisch immer stärker schillern, aber vor Ort immer weniger präsent sind. Sie werden zu Kommunikationsmaschinen, die in ihren Positionen kaum mehr verankert sind. Dies macht eine Brandmauer nach rechts – so sie jemals vorhanden war – sehr porös. Jenseits dessen ist zu bedenken, dass der entschlossene Schritt aufs kulturkämpferische Terrain den konservativen Parteien nie gutgetan hat. Kurzfristig kann man vielleicht reüssieren, aber mittel- und langfristig stärkt es eher den extremeren rechten Rand. Dies vor allem dann, wenn man als konservative Partei nicht bereit ist, selbst konsequent immer weiter nach rechts zu schreiten.

Warum ist es immer wieder der Fall, dass sich konservative Parteien auf das kulturkämpferische Terrain begeben?

Es ist verführerisch insofern, als es zunächst einmal sehr unkomplizierte Debatten zu sein scheinen, in denen es klare Positionen gibt und die eine Abgrenzung zu Links-Grün erleichtern. Zudem sind es Debatten, die schnell viel Aufmerksamkeit beziehungsweise sehr viele,

sehr hohe Empörungsamplituden liefern. Möchte man sich also ein bisschen in der Öffentlichkeit etablieren, dann ist das für einzelne Politunternehmer in der CDU/CSU sicherlich verführerisch.

Zugleich wird es im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich immer schwerer, sich von der SPD abzugrenzen, wenn Olaf Scholz und andere Parteigranden die Schuldengrenze einhalten wollen. Solche Debatten erfordern Einsatz von politischem Kapital. Der Ruf etwa nach einer Rentenreform mag nötig sein, man kann sich dabei aber rasch eine blutige Nase holen, weil man sich konzeptionell und politisch festlegen muss; weil man sehr wahrscheinlich über Zumutungen für die Bürger*innen sprechen muss.

Jenseits der inhaltlichen Entleerung politischer Debatten sehe ich noch ein weiteres Problem, weshalb der Versuchung widerstanden werden sollte: In diesen Kulturkampfdebatten rückt man sehr schnell in die Nähe von AfD-Positionen. Das muss keineswegs zwangsläufig so sein, aber wenn es der Fall ist, wird es umso schwerer, sich von der AfD abzugrenzen; dann besteht die große Gefahr, dass jene Menschen, die man für sich begeistern will, letztendlich doch bei der AfD landen.

Es wird ja häufig die These vertreten: Solange die Konservativen aufrecht gegen den rechten Rand stehen, gibt es keine besonderen Gefahren von rechts. Stimmt die These? Und für wie stabil halten Sie die sogenannte „Brandmauer“ gegenüber den rechtsextremen Kräften?

Auf Bundesebene steht die Mauer, das würde ich schon sagen. Eine Kooperation ist da unvorstellbar. Auf der Landesebene erscheint es wesentlich komplizierter. Niemand kann ausschließen, dass man in Thüringen nach der Landtagswahl 2024 in eine Situation gerät, wonach die CDU-Fraktion letztendlich beschließt, auf eine informelle Kooperation auch mit der AfD zu setzen. Ich halte dies nicht für völlig ausgeschlossen, weil auch die Autorität von Friedrich Merz sehr gelitten hat. Nicht zuletzt im Osten macht sich eine gewisse Enttäuschung breit, da von ihm etwas anderes erwartet wurde und er nicht geliefert hat. Von daher hängt viel an seiner Autorität. Er müsste nach der Thüringen-Wahl sagen: Hört mal zu, liebe Fraktion, macht, was ihr wollt, aber es gibt keine Kooperation mit der AfD – übrigens auch nicht mit der Linken. Ob dies allerdings passiert, dafür würde ich meine Hand nicht ins Feuer legen.

Ich sehe allerdings noch ein tiefergehendes Problem: Es mag ja sein, dass allenthalben eine Kooperation mit der AfD ausgeschlossen wird. Wenn zugleich jedoch die Rhetorik und die Themensetzung von der AfD übernommen wird, dann ist keineswegs alles in bester Ordnung. Im Gegenteil: Es ist fatal, weil es den Eindruck erwecken kann, dass die AfD eigentlich den richtigen Ton trifft und die richtigen „Themen setzt“ und eben nur von den etablierten Parteien ausgeschlossen wird, weil diese ihr „Machtmonopol“ oder ihr „Machtkartell“ mit niemandem teilen wollen – denn genau das ist ja das AfD-Narrativ.

Wird die Gefahr der AfD immer noch unterschätzt?

Ich kann es mir eigentlich nicht vorstellen, befürchte es ehrlich gesagt aber manchmal schon. Ich habe den Verdacht, dass man die Partei nicht ernst genug nimmt und sich nicht genug vor Augen führt, was in anderen europäischen Ländern mit gemäßigt konservativen Par-

teien passiert ist. Die Lage für konservative Parteien in Deutschland mag mittlerweile eine europäische Ausnahme darstellen. Das ist jedoch nicht in Stein gemeißelt. Kurzum: Die Dringlichkeit, eine überzeugende und eine konsequente Umgangsweise mit der AfD zu finden, die ist leider noch nicht überall angekommen.

Interview: Peter Kuleßa

Dr. Thomas Biebricher

ist Heisenberg-Professor für Politische Theorie, Ideengeschichte und Theorien der Ökonomie an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. 2018 sorgte er mit seiner Studie „Geistig-moralische Wende. Die Erschöpfung des deutschen Konservatismus“ für Aufsehen. Im Suhrkamp Verlag erschien zuletzt sein Buch „Mitte/Rechts. Die internationale Krise des Konservatismus“.